



Rechtsextrem: Die heimtückische Macht der Worte Seite 8

Inhalt

Öffnungszeiten & Kontakt

Seite 3

Aktionstag am 29. April:
Die Mobilisierung funktioniert

Seiten 4-5

Ist Präsentismus die wahre Krankheit
unserer Zeit?

Seite 6

Soziale Sicherheit: Arizona-Regierung
reißt Milliardenloch

Seite 7

Meldungen

Seiten 8-10

Dossier: Rechtsextrem

Seite 11

MSE: die häufigste arbeitsbedingte
Krankheit, die von allen ignoriert wird

Seiten 12-13

Psychosoziale Risiken bei der Arbeit

Seiten 14-15

CNE-Info: Von der politischen Erklärung
zum Gesetz

Seite 16

Meldungen

Impressum

Verantwortlicher Herausgeber:

Jean-Marc Namotte,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers

Redaktion:

Jessica Halmes Vera Hilt
Claudine Legros Liliane Louges
Angela Mertes Jochen Mettlen
Mike Mettlen

Layout: Maryline Weynand

Druck:

Kliemo A.G.
Hütte 53, 4700 Eupen

Anschrift der Redaktion:

CSC Info,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers
087/85 99 59
pressedienst@acv-csc.be

Erscheinungsrhythmus:

Vierzehntäglich

ARBEITSLOSENDIENST 087/85 99 98

CSC Eupen

Sprechstunden: dienstags und donnerstags,
jeweils von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
csc.chomage.eupen@acv-csc.be

CSC St.Vith

Sprechstunden: montags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
csc.chomage.stvith@acv-csc.be

JURISTISCHE ERSTBERATUNG

**Eine Frage zum Arbeitsrecht (Kündigung, Vertrag, Urlaub,...)?
Kontaktieren Sie die juristische Erstberatung **per Telefon oder Mail:****

Montags bis donnerstags
8.30 Uhr bis 12.30 Uhr und 13.30 Uhr bis 16 Uhr
Freitags 8.30 Uhr bis 12 Uhr
087/85 99 22 • csc.ostbelgien@acv-csc.be

JURISTISCHER BEISTAND

**Für jeden juristischen Beistand oder für eine laufende Akte
kontaktieren Sie unseren juristischen Dienst:**

CSC Eupen

Sprechstunden: donnerstags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

CSC St. Vith

Sprechstunden: dienstags auf Termin
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

OFFENE SPRECHSTUNDE

CSC Eupen

Montags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr

GRENZGÄNGERDIENST LUXEMBURG

CSC St.Vith: dienstags auf Termin

087/85 99 33 • grenzganger.luxemburg@acv-csc.be

GRENZGÄNGERDIENST DEUTSCHLAND

CSC Eupen: auf Termin

087/85 99 49 • grenzganger.deutschland@acv-csc.be



Aktionstag am 29. April: Die Mobilisierung funktioniert

In ganz Belgien haben mehr als 20.000 Arbeitnehmer ihren Widerstand gegen den sozialen Schaden zum Ausdruck gebracht, den die Arizona-Maßnahmen anrichten werden. Die CSC Ostbelgien nahm an der Kundgebung in Lüttich teil, die vom Cora-Geschäft zum Citadelle-Krankenhaus führte.

Reduzierte Löhne, erschöpfte Arbeiter, Peanuts an Rente, immer weniger öffentliche Dienstleistungen, immer flexiblere Arbeitsplätze, zunehmend prekär Beschäftigte,... Die zu erwartenden Auswirkungen der Arizona-Maßnahmen bieten genug Gründe, die Arbeitnehmer zu verärgern.

Der nationale Aktionstag am 29. April ermöglichte es Eisenbahnern, Metallarbeitern, Beamten, Mitarbeitern des Gesundheitswesens oder Künstlern ihren Forderungen erneut Gehör zu verschaffen: menschenwürdige Renten, eine nachhaltige Laufbahndauer, mehr Kaufkraft, hochwertige Arbeitsplätze, Arbeitslosenunterstützung ohne zeitliche Begrenzung, zugängliche und gestärkte öffentliche und kollektive Dienstleistungen.

Lüttich: Vom Cora zur Citadelle

Die Demonstrationen, die in allen Ecken des Königreichs organisiert wurden, führten an Orten und Institutionen vorbei, die ihre Forderungen

und Ängste für die Zukunft symbolisierten.

Die CSC Ostbelgien nahm an der Kundgebung in Lüttich teil, die vom Cora-Geschäft zum Citadelle-Krankenhaus führte. Zwei symbolträchtige Orte: Die Cora-Warenhauskette wird geschlossen und die Arbeitnehmer wie Waren ausgeräumt. Und in der Citadelle, wie im ganzen nicht-kommerziellen Sektor, fehlt es an allem. Unterfinanziertes Gesundheitswesen und erschöpftes Pflegepersonal. „Wir protestieren gegen ein System, das im Namen der Sparpolitik Arbeitsplätze, die öffentlichen Dienste und unsere kollektive Zukunft opfert“, erklärt Jean-Marc Namotte, Bezirkssekretär der CSC Liège-Verviers-Ostbelgien.

Es fanden auch Aktionen zur Unterstützung der Streikenden statt, etwa in Tournai, Charleroi und La Louvière. Auch in Gent, Antwerpen, Hasselt und Leuven wurden Aktionen durchgeführt, bei denen wurden unter anderem Kakteen an Passanten verteilt wurden. In den Reden, die den gan-

zen Tag über gehalten wurden, klärten Militanten darüber auf, wie sich die angekündigten Maßnahmen auf ihr Leben auswirken werden.

Schweigeminute vor der Parteizentrale der N-VA

In Brüssel begab sich eine Delegation zum Sitz der Partei des Ministerpräsidenten Bart De Wever (N-VA). Nach einer Schweigeminute legten die Demonstranten dort einen Sarg nieder, der die Forderung der Gewerkschaften symbolisierte, die unsozialen Maßnahmen der Arizona-Regierung zu begraben.

In der Provinz Namur gingen die Demonstranten zum Rathaus von Bièvre, der Heimatgemeinde von Arbeitsminister David Clarinval. Nach einem Treffen mit einer Delegation verpflichtete er sich im Namen seiner Regierung, die automatische Lohnindexierung beizubehalten. Er zeigte sich auch offen für Diskussionen über die Maßnahme, die Leistungen der Einkommensgarantie auf maximal zwei Jahre zu begrenzen. Diese Leistungen sind besonders wichtig für Teilzeitbeschäftigte, die niedrige Löhne erhalten. Dieses konstruktive Treffen zeigt, wie nützlich die Aktionen sind, die die Gewerkschaften in den letzten Monaten durchgeführt haben.

Auch die CSC Ostbelgien nahm an der Kundgebung in Lüttich teil.



Ist Präsentismus die wahre Krankheit unserer Zeit?

Wenn man trotz Krankheit arbeiten geht, spricht man von Präsentismus. Dieses Phänomen scheint heute gängiger zu sein als je zuvor und könnte sich noch verschlimmern, wenn die Arizona-Regierung das ärztliche Attest für einen Krankheitstag wieder einführt.

Mit einer Grippe ins Büro gehen oder trotz Migräne am Fließband stehen: 75 % der Belgier geben an, dass sie auch arbeiten gehen, wenn sie krank sind. Dies ergab eine Umfrage des Präventionsdienstes Mensura. Eine aktuelle Studie des Versicherers NN Insurance bestätigt diese Zahlen.

Die Arbeitnehmer geben als Hauptgründe an, dass sie einen guten Eindruck machen wollen, Angst vor dem Vorgesetzten haben oder ihre Kollegen nicht benachteiligen wollen. „Die Zahlen können je nach der Methodik der Studie und je nach Fragenformulierung variieren“, erklärt Maarten Hermans, Experte für das Wohlbefinden am Arbeitsplatz der CSC. „Es handelt sich nämlich um eine individuelle Zählung, da diese Tage des Präsentismus im Gegensatz zu krankheitsbedingten Fehlzeiten nicht administrativ erfasst werden. Das Ausmaß des Phänomens wird daher seit Jahren unterschätzt.“

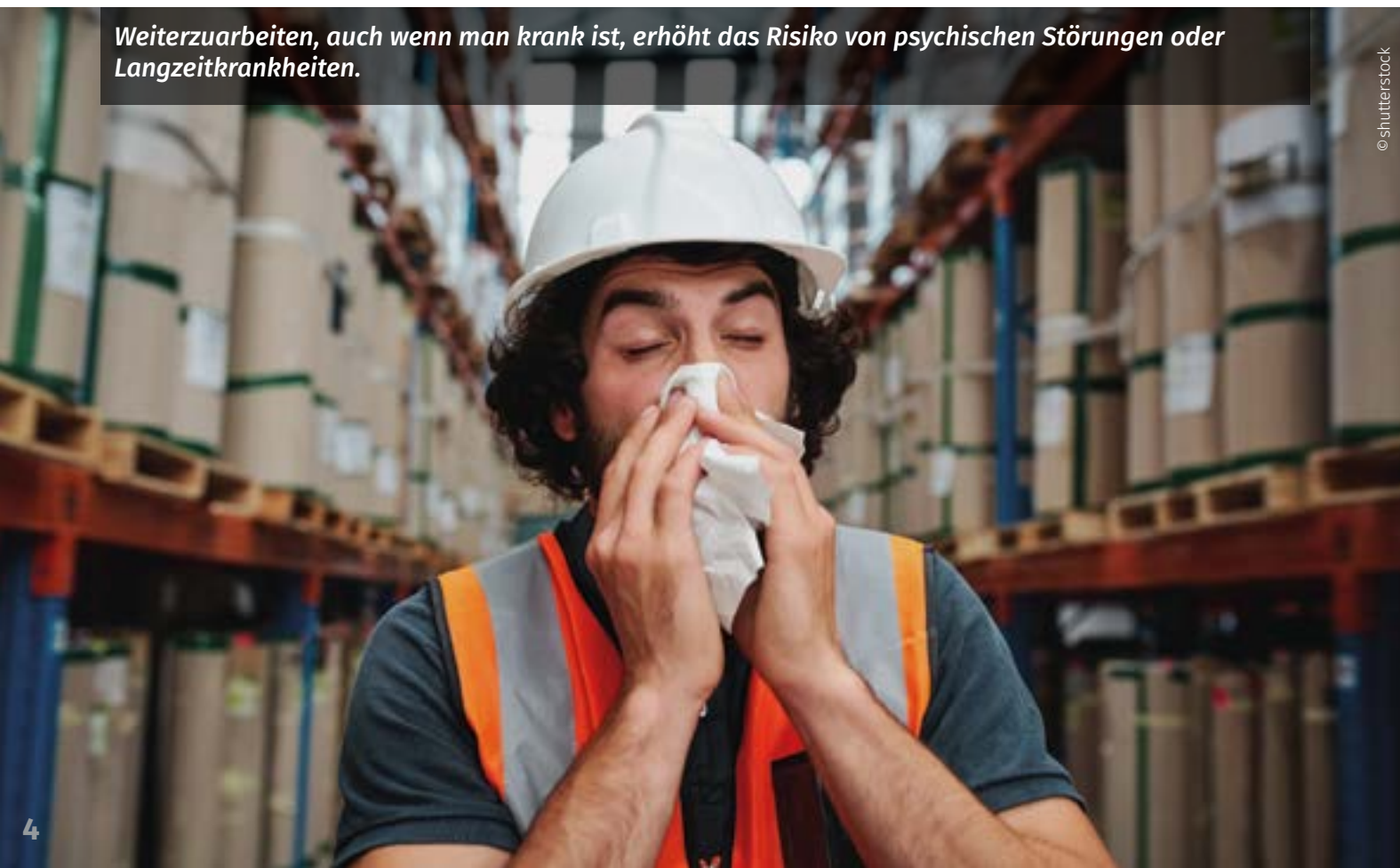
—75 %—
der Belgier gehen arbeiten, auch wenn sie krank sind.

Langfristige Abwesenheiten

Dennoch ist Präsentismus eine echte Plage, betont der Experte. „Weiterzuarbeiten, auch wenn man krank ist, erhöht das Risiko von psychischen Störungen oder Langzeitkrankheiten. In einigen Fällen kann Präsentismus sogar dazu führen, dass Arbeitnehmer vorzeitig aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden.“

Die Entscheidung der Arizona-Regierung, die Regeln zu verschärfen und ab dem ersten Krankheitstag wieder ein ärztliches Attest zu verlangen, könnte die Situation laut Maarten Hermans noch verschlimmern. „Die Wiedereinführung des ärztlichen Attests für einen Krankheitstag könnte zu einem Rückgang der registrierten Abwesenheitszahlen führen, aber nicht weil die Menschen gesünder

Weiterzuarbeiten, auch wenn man krank ist, erhöht das Risiko von psychischen Störungen oder Langzeitkrankheiten.



© shutterstock

sind, sondern weil mehr von ihnen krank arbeiten gehen. Mit allen sich daraus ergebenden Folgen, wie negativen Auswirkungen auf die Gesundheit der Kollegen und einem erhöhten Risiko von Langzeitkrankheiten. Wegen eines ärztlichen Attests sabotiert die neue Regierung also direkt ihre eigene Politik zur Vermeidung von krankheitsbedingten Abwesenheiten.“

Arbeitsplatzunsicherheit und Präsentismus

Drei von vier Belgiern geben zu, dass sie einmal oder sogar mehrmals im Jahr arbeiten, obwohl sie krank sind. Dennoch richten die politischen Entscheidungsträger ihre Aufmerksamkeit weiterhin auf die Abwesenheiten. Obschon viele Experten erwartet hatten, dass die Corona-Pandemie dieser Praxis ein Ende setzen würde, fällt auf, dass das Phänomen nur noch größer geworden ist. Die Einführung der Telearbeit hat dazu erheblich beigetragen. Laut Maarten Hermans hat die Gesundheitskrise eine andere Realität ans Licht gebracht. „Während der Pandemie stellten wir fest, dass Personen, die sich laut eigenen Angaben in einer prekären finanziellen Situation befanden, häufiger krank arbeiten gingen als diejenigen, die finanziell besser gestellt waren. Diese Ungleichheit hat sich im Vergleich zu den vorigen Messungen noch vergrößert. Es sind also die Personen mit einem unsicheren Arbeitsplatz, die am stärksten unter den Auswirkungen von Präsentismus leiden.“

Druck am Arbeitsplatz

Eva Van Laere vom Interim United-Dienst der CSC bestätigt, dass prekär Beschäftigte oft keine andere Wahl haben, als weiterzuarbeiten, auch wenn sie krank sind. „Diejenigen, die Tages- oder Wochenverträge haben, können sich einen Krankheitstag einfach nicht leisten. Denn Leiharbeiter befürchten, dass ihr Vertrag nicht mehr verlängert wird, wenn sie fehlen. Auch wenn sie einen Vertrag haben, werden sie bei Krankheit manchmal direkt an die Krankenkasse (die weniger Krankengeld zahlt) verwiesen, obwohl die Interimagentur grundsätzlich verpflichtet ist, einen garantierten Lohn zu zahlen. Einige Interimagenturen gehen sogar so weit, dass sie den Vertrag kündigen, sobald die Interim krankheitsbedingt fehlen“, erklärt sie.

Jürgen (der Vorname wurde geändert), der in einem großen Unternehmen im Hafen von Antwerpen arbeitet, bestätigt das Problem: „Viele Leute fühlen sich gezwungen weiterzuarbeiten, auch wenn sie krank sind. Wer krankheitsbedingt fehlt, riskiert, nie wieder eingesetzt zu werden. Außerdem befinden sich viele in einer prekären Situation, wie z.B. Neuankömmlinge, die auf dem Arbeitsmarkt kaum andere Optionen haben. Sie können es sich nicht leisten, ihr Einkommen zu verlieren. Eines der ergreifendsten Beispiele ist das einer Person, die auf dem Weg zur Arbeit einen Unfall hatte und dann mehrere Wochen lang arbeitsunfähig war. Am Ende ihres Wochenvertrags erhielt sie nie wieder einen neuen Vertrag.“



© stock.adobe.com

Tony Eisenhuth gestorben

Im Alter von 88 Jahren ist Tony Eisenhuth am 21. April gestorben. Tony war seit 1957 Mitglied der CSC. Er arbeitete in der Metallbranche und war jahrzehntelang ein äußerst engagierter CSC-Delegierter, der sich immer für andere einsetzte. Als Rentner führte er seine Gewerkschaftsarbeit fort, war lange Jahre Präsident der CSC Senioren und nahm an den Versammlungen des Bezirksverbandes Liège-Verviers-Ostbelgien teil. Auch zu Ostbelgien hatte der Vervierer eine enge Bindung, denn seine Großmutter war in Recht aufgewachsen.



Bahnstreiks vorerst ausgesetzt

Die Eisenbahngewerkschaften, darunter die CSC Transcom, haben ihre Streikaktionen vorläufig ausgesetzt. Sie haben einer Aufnahme von Verhandlungen mit Rentenminister Jan Jambon (N-VA) zugestimmt. Die Gewerkschaften protestierten gegen eine deutliche Erhöhung des Rentenalters und die geplanten drastischen Sparmaßnahmen bei der SNCB.

18,2 % der Belgier von Armut betroffen

Fast jeder fünfte Belgier war 2024 von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Das geht aus einem Bericht des europäischen Statistikamtes Eurostat hervor. 18,2 Prozent der Belgier, rund 2 Millionen Menschen, sind in unserem Land betroffen. In der EU sind es im Schnitt 21 Prozent bzw. 93 Millionen Menschen. In Bulgarien, Rumänien und Griechenland ist die Armut mit Abstand am ausgeprägtesten, während Tschechien, Slowenien und die Niederlande in dieser Statistik am besten abschneiden.

6,8 % Arbeitslosenquote in der DG

Ende März 2025 waren in der Deutschsprachigen Gemeinschaft 2.548 Menschen arbeitslos, 156 mehr als ein Jahr zuvor. Laut Arbeitsamt stieg die Arbeitslosenquote auf 6,8 %. Im März 2024 lag sie bei 6,4 %. „Im Kanton Eupen bleibt die Arbeitslosenquote mit 8,9 % nach wie vor deutlich höher als im Süden der DG, der mit einer Quote von 3,7 % weiterhin nahezu Vollbeschäftigung kennt“, so das ADG. Die Arbeitslosenquote ist in Brüssel mit 16,4 % weiterhin am höchsten, gefolgt von Wallonien (15,1 %), Flandern (6,8 %) und der DG (6,8 %).

www.adg.be/statistik

Soziale Sicherheit: Arizona-Regierung reißt Milliardenloch

©stock.adobe.com



Die Verallgemeinerung von Studentenjobs und Flexi-Jobs wird das Sozialversicherungssystem ab 2029 jährlich 1,5 Milliarden Euro kosten. Das geht aus einer CSC-Studie hervor. 2024 haben diese Verträge bereits ein Loch von 664 Millionen Euro gerissen.

Die Studie der drei Gewerkschaften CNE, PULS und CSC Nahrung und Dienste zeigt die Einnahmeverluste für die Sozialversicherung auf, die aufgrund der reduzierten Sozialversicherungsbeiträge für Studenten- und Flexi-Jobs entstehen.

1,5 Milliarden Euro

Durch die stetige Weiterentwicklung wird die jährliche Lücke bis zum Ende der Legislaturperiode auf 1,5 Milliarden anwachsen. Dieser Betrag entspricht der Hälfte der erwarteten Gewinne aus der Rentenreform und den Anstrengungen der Langzeitkranken zusammen. Mit anderen Worten, die Arizona-Regierung gräbt selbst das Loch, das sie zu füllen vorgibt, indem sie die Renten senkt und die Kranken schikaniert. Die drei Berufsgewerkschaften plädieren für normale Sozialbeiträge auf alle Verträge und für ein Ende der Angriffe auf Renten und Kranke.

Eine der Hauptachsen der Arizona-Regierung besteht darin, die Flexibilität der Arbeit zu erhöhen. Zu diesem Zweck hat sie die Anzahl der Stunden, die für Studentenjobs erlaubt sind, auf 650 Stunden pro Jahr angehoben

(Gesetz vom 27.03.2025). Sie plant, das Mindestalter für Studentenjobs ausnahmslos auf 15 Jahre zu senken sowie Flexi-Jobs in allen Sektoren zu ermöglichen, wobei der Steuerfreibetrag auf 18.000 Euro angehoben wird. Diese Erhöhung wird im Jahr 2029 ein Loch von 1,5 Mrd. Euro in der Sozialversicherung reißen.

Sowohl für die Studentenarbeit als auch für die Flexi-Jobs gelten ermäßigte Sozialversicherungsbeiträge. Die persönlichen Sozialversicherungsbeiträge betragen für Studentenjobs 2,71 % (gegenüber 13,07 % für die übrigen Arbeitnehmer) und die Sozialbeiträge der Arbeitgeber betragen 5,2 % (gegenüber 24,92 %). Für die Flexi-Jobs sind keine persönlichen Sozialversicherungsbeiträge zu entrichten, aber es gibt einen Arbeitgebersozialbeitrag, der 2024 auf 28 % angehoben wurde. Diese reduzierten Beitragssätze führen zu erheblichen Einnahmeverlusten für die Kassen der Sozialen Sicherheit.

2024: Minus von 664 Mio. Euro

„2024 belief sich die Lohnmasse für diese beiden Vertragsarten auf 2,7 Milliarden Euro, 2 Milliarden Euro

für Studentenjobs und 710 Millionen Euro für Flexi-Jobs. Wir haben auf der Grundlage von LASS-Daten berechnet, dass die Sozialversicherung, wenn sie den normalen oder vorübergehenden Beitragssätzen unterliegen würde, 588 Mio. Euro auf Studentenverträge und 76 Mio. Euro auf Flexi-Jobs einnehmen würde, d. h. insgesamt 664 Mio. Euro im Jahr 2024. So viel Geld für Aktionäre, das den Familien der Arbeitnehmer entgeht“, erklärt Felipe Van Keirsbilck, Generalsekretär der CNE.

Als Ergebnis der aufeinander folgenden Maßnahmen, die diese Verträge begünstigt haben, berechneten die Gewerkschaften, dass die finanzielle Masse dieser Verträge in den letzten sieben Jahren mit einer durchschnittlichen jährlichen Rate von 10 % für Studenten- und 45 % für Flexi-Jobs gestiegen ist. Wenn sich nichts ändert, wird sich die Lücke für die Sozialversicherung im Zusammenhang mit diesen Verträgen im Jahr 2029 auf 1,5 Mrd. Euro belaufen. Dieser Betrag kann mit dem verglichen werden, was die Rentenreform im Jahr 2029 (2,4 Mrd. Euro) oder die Maßnahmen in Bezug auf Langzeitkranke (485 Mio. Euro) bringen sollen. Addiert man zu den 1,5 Milliarden Euro die Milliarden Euro an zusätzlichen Kürzungen der Arbeitgeberbeiträge, die die Regierung plant, dann kommt man auf die Höhe der Rentenreform.

„Tatsächlich schafft die Regierung durch die Verallgemeinerung von Studenten- und Flexi-Jobs und durch die weitere Senkung der Arbeitgeberbeiträge ein Loch im Haushalt der Sozialen Sicherheit, das dem entspricht, was die Rentenreform bringen soll. Die Regierung entfacht selbst das Feuer, das sie angeblich löschen will, und verringert die Lebensqualität der Arbeitnehmer. Wir werden länger und flexibler arbeiten müssen, damit am Ende die künftigen Rentnerinnen und Rentner die Sozialbeitragskürzungen zahlen, die den Arbeitgebern zugutekommen“, sagt Steve Rosseel, Präsident der CSC Nahrung & Dienste.

©stock.adobe.com



Sozialer Energietarif: weshalb ein System reformieren, das funktioniert?

Eine Resolution zur Reform des sozialen Energietarifs wurde vor kurzem von den Mehrheitsparteien im Föderalparlament verabschiedet. Demnach könnte jeder fünfte Belgier dank der Reform des Sozialtarifs von einer Unterstützung bei der Energierechnung profitieren. Die Gewerkschaften fordern jedoch eine Ausweitung des bestehenden Sozialtarifs auf andere einkommensschwache Gruppen und die entsprechende Erhöhung des Budgets.

Positiv ist die Ausweitung des Systems auf Geringverdiener. Da der Haushalt jedoch unverändert bleibt, wird sich die Situation vieler Familien, die derzeit von dem System profitieren, unweigerlich verschlechtern. Die Einführung einer Pauschalprämie birgt die Gefahr, dass eine Lücke zwischen Vergütung und tatsächlichem Bedarf entsteht. Darüber hinaus setzt dieses Prämiensystem voraus, dass der Verbraucher einen Vertrag mit einem Energielieferanten abschließt. Studien der föderalen Energieaufsichtsbehörde CREG zeigen jedoch, dass sich Verbraucher nicht unbedingt für die günstigsten Verträge entscheiden.

Rund 500.000 Belgier profitieren heute von einem Vorzugstarif für Strom, 300.000 für Erdgas. Man kann sagen, dass jede zehnte belgische Familie aufgrund ihres sozialen Status vor unbezahlbaren Energierechnungen geschützt ist, insbesondere in diesen Zeiten der Energieturbulenzen. Dazu gehören Bezieher des Eingliederungseinkommens, Menschen mit Behinderung, Bezieher des Eingliederungs-

geldes und ältere Menschen, die Pflegegeld beziehen.

Das derzeitige System hat viele Vorteile, die auch die CREG in einer Stellungnahme hervorgehoben hat:

- ✓ **Automatismus und Transparenz:** Die Zuordnung erfolgt automatisch und ohne komplizierte Verfahren. Dies senkt den Schwellenwert und erhöht den Zugriff;
- ✓ **Einfachheit und Sicherheit:** Der Sozialtarif ist für alle Lieferanten gleich und gilt für alle Energieverbraucher;
- ✓ **Effizienz:** Langzeitstudien zeigen, dass der Sozialtarif das wirksamste Instrument zur Bekämpfung der Energiearmut ist. Diese Maßnahme hat sich in Krisenzeiten bewährt;
- ✓ **Die Stärke des Sozialtarifs** liegt in seinem Mechanismus: Reguliert ist er der günstigste auf dem Markt und gilt automatisch für den gesamten Energieverbrauch der betroffenen Haushalte.

Die angekündigte Reform droht diese Vorteile auf null zu reduzieren. Die CREG kritisierte auch die Prämienregelung, die im Gegensatz zur derzeitigen Regelung keinen direkten Zusammenhang zwischen den gewährten Beihilfen und der Marktentwicklung gewährleistet.

Die Gewerkschaften fordern daher eine Ausweitung des bestehenden Sozialtarifs auf andere einkommensschwache Gruppen, einschließlich der Arbeitnehmer. Sowie die entsprechende Erhöhung des Budgets.

Abdoulaye Dieme ist endlich frei

Abdoulaye Dieme arbeitete im Helora-Krankenhaus in Nivelles. Weil er im Februar 2023 vom Generalkommissariat für Flüchtlinge und Staatenlose nicht als Flüchtling anerkannt worden war, verlor er seinen Arbeitsplatz und seine Papiere, und es drohte ihm die Abschiebung. Am 20. Dezember 2024 wurde er in das geschlossene Zentrum in Brügge gesperrt, bevor er am 11. März 2025 nach monatelangem Kampf endlich freigelassen wurde. Ein Unterstützungskomitee, dem u.a. seine Kollegen aus dem Krankenhaus und die CSC angehörten, hatte ihn seit der drohenden Abschiebung und während seiner Inhaftierung tatkräftig unterstützt. Am 17. April gewann er endgültig die Berufung und erhielt schließlich den Flüchtlingsstatus. Die CNE-Delegation des Krankenhauses sorgte natürlich dafür, dass der Direktor sein Versprechen einhielt, Abdoulaye wieder einzustellen: Er wird in einigen Wochen an seinen Arbeitsplatz und zu seinen Kollegen, die ihn schon sehnsüchtig erwarten, zurückkehren.

Abdoulaye Dieme nimmt seine Arbeit im Krankenhaus in Nivelles wieder auf.



©CSC BW



©shutterstock

Rechtsextrem:

Die heimtückische Macht der Worte



Was kann man als rechtsextrem bezeichnen? Die Beantwortung dieser Frage ist nicht einfach, aber sie ist grundlegend für jeden, der diese Ideologie bekämpfen will, deren Rhetorik sich im öffentlichen und politischen Raum immer mehr verbreitet.

„Heute ist die rechtsextreme Ideologie nicht mehr das Merkmal einer Partei oder einer politischen Strömung: Sie findet sich in verschiedenen Formationen, Parteien und Bewegungen. Um sie zu definieren, untersuche ich die im politischen Diskurs verwendeten Wörter. Denn ein Diskurs beschreibt die Welt um uns herum nicht, er schafft sie. Es werden Wörter aufgegriffen und sogar aufgezwungen. Man muss sie hinterfragen, um zu wissen, wie man sich zu bestimmten Themen äußern soll“, erklärt François Debras, beigeordneter Professor am Studienzentrum für Demokratie an der Juristischen Fakultät der Uni Lüttich und Assistenzprofessor an der Helmo¹. Für ihn vermitteln Wörter eine bestimmte Weltanschauung. „Die verwendeten Wörter beeinflussen die Art und Weise, wie man über die Welt denkt. Der Diskurs schafft eine Realität.“

Und die extreme Rechte hat das gut verstanden.

¹) Informationen und Kommentare stammen aus der Intervention von Herrn Debras bei einem Seminar über Fake News, das von der CSC organisiert wurde.

Extreme Anpassung

Bevor man einen potentiell extremistischen Diskurs entschlüsselt, muss zunächst definiert werden, was Extremismus ist. In der Politikwissenschaft wird die extreme Rechte durch drei Kriterien definiert: Ungleichheit, Nationalismus und Sicherheitsdenken. „Nicht jeder Nationalismus und jedes Sicherheitsdenken ist rechtsextrem, aber die extreme Rechte ist systematisch nationalistisch und sicherheitsorientiert“, erläutert der Professor.

Was die Ungleichheit betrifft, so haben die Ende der 80er Jahre erlassenen Gesetze gegen die Aufstachelung zum Rassenhass die rechtsextremen Parteien gezwungen, ihren Diskurs

anzupassen. „Der Rassismus wird sich mit dem Diskurs entwickeln und vom biologischen Rassismus zu einem kulturellen oder religiösen Rassismus übergehen, der davon ausgeht, dass es eine Hierarchie zwischen Kulturen und Religionen und eine Kontinuität zwischen Kultur, Religion und Denken gibt.“ Dieser ‚angepasste‘ Diskurs ist alltäglich geworden, vor allem im Fernsehen. Wir hörten ihn oft während des russischen Einmarsches in der Ukraine, um den Unterschied zwischen ukrainischen und syrischen Flüchtlingen zu markieren. „Ukrainische Flüchtlinge seien assimilierbar, weil sie die gleiche europäische Kultur haben wie wir. Ein syrischer Flüchtling hingegen wäre nicht assimilierbar, weil er aufgrund seiner

Rassistische Rede: Meinung oder Verbrechen?

Nach belgischem Recht ist die Aufstachelung zum Rassenhass verboten und strafbar. Aber eine Hassrede, wie eine rassistische Rede, stachelt nicht unbedingt zu Rassenhass auf. Rassistische Äußerungen können (und sollten) moralisch verurteilbar sein, aber aus rechtlicher Sicht sind sie es nicht.

Kultur oder Religion die Gleichberechtigung der Geschlechter oder die Trennung von Kirche und Staat nicht verstehen würde.“ Der Diskurs über die Assimilierbarkeit einer Kultur und einer Religion hat den Diskurs von der Überlegenheit einer angeblichen Rasse über eine andere ersetzt. Aber die Ideologie bleibt dieselbe, wenn auch mit einem weniger expliziten Diskurs.

Wir gegen sie

Das zweite Kriterium, der Nationalismus, bezieht sich auf eine Nation, die alle Individuen derselben Gemeinschaft auf demselben Territorium vereint. Er entwickelt eine Identität. Damit diese rein und homogen bleibt, muss sich der Nationalismus jeder Form von Vielfalt widersetzen und jede supranationale Norm ablehnen, die die nationale Souveränität behindern würde, wie zum Beispiel die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Angesichts der Gefahren, denen die Nation ausgesetzt ist, stellt der Diskurs der extremen Rechten die Werte auf den Kopf und verharrt in der Logik des „Wir gegen sie“.

„In diesem Diskurs ist das Opfer nicht der Migrant, dem das Asylrecht verweigert wird, sondern der Einheimische, der seine Traditionen und Arbeitsplätze legitim gegen Migranten und internationale Menschenrechtsstandards verteidigt.“ Der Diskurs mit weniger hasserfüllten Begriffen spricht nun von ‚nationaler Präferenz‘ oder ‚souveränen

„Migrationswelle“ oder „Aufnahmekrise“?

Wenn man in einer Rede den Begriff „Migrationswelle“ oder „Krise der Aufnahmepolitik“ verwendet, spricht man von ein und derselben Realität – Menschen, die ins Land kommen –, aber man betrachtet sie aus einem anderen Blickwinkel. Der Begriff „Migrationswelle“ entmenslicht die Migranten und fördert die Vorstellung, dass diese Welle „uns“ wie eine Naturkatastrophe überrollen wird. Die Gefahr kommt von „dort“ und wir müssen uns davor schützen, denn „wir“ sind die Opfer der „Anderen“. Spricht man von einer „Krise der Aufnahmepolitik“, bedeutet dies, dass wir die nicht über die Mittel verfügen (oder sie nicht bereitstellen wollen), um Menschen aufzunehmen, die die Anwendung des Asylrechts fordern, d.h. eines Grundrechts, das in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert ist. Eine Terminologie in der öffentlichen Debatte durchzusetzen, bedeutet, eine bestimmte Sicht der Realität aufzuzwingen.

Arbeitsplätzen‘, um zum Beispiel zu rechtfertigen, dass bei gleicher Kompetenz und gleichem Diplom derjenige eingestellt wird, der im Land geboren wurde. „Indem die extreme Rechte Beschäftigung, Sozialleistungen und persönliche Hilfe den Staatsangehörigen vorbehält, präsentiert sie sich als Verteidigerin dieser Nation. Der ‚Andere‘ sitzt in der Falle: Er arbeitet? Dann stiehlt er Arbeitsplätze. Er arbeitet nicht? Dann lebt er auf Kosten der Gesellschaft. Er ist immer der Verlierer.“

Schließlich ist der ‚Andere‘ in der Vorstellung der extremen Rechten zwangsläufig gefährlich. Um die reine und homogene Nation vor Vielfalt und Multikulturalismus zu schützen, bedarf es eines Sicherheitsdiskurses: mehr Polizei, Kontrolle, Grenzen, Repression usw.

Umkehrung der Werte

Wie bereits erwähnt, hat die extreme Rechte ihren Diskurs neu aufgebaut, indem sie die Werte bei einer Reihe von Themen umgekehrt hat. Sie ist homophob, aber sie verteidigt die Rechte von Homosexuellen... gegen den Islam. Sie ist antisemitisch... aber sie unterstützt Israel. Auch die Ökologie zahlt ihren Preis. „Im Diskurs der Partei ‚Chez nous‘ über Ökologie geht es nicht um Pestizide, sondern um lokale Produktion für lokale Verbraucher. Das ist ein sehr schönes Stichwort für junge Leute, um über Nationalismus zu sprechen.“ Und wenn die extreme Rechte die Gleichstellung der Geschlechter anspricht, dann nur, um auf das Recht der Frauen, sich nach Belieben zu kleiden, aufzuspringen, also das Tragen des Kopftuchs zu thematisieren. „Sie greift diskussionsträchtige Themen wieder auf, um ihnen auf eine bestimmte Weise ideologisches Gedankengut einzupflanzen.“

Grauzonen

Die Entwicklung des extremistischen Diskurses schafft Unsicherheiten und Grauzonen, die es schwieriger machen, den extremistischen Charakter eines Vorschlags zu erkennen und dagegen zu argumentieren. Das bezeichnet der Professor an der Uni Lüttich als ‚grauen Diskurs‘, d.h. als „Reden, die besorgniserregend sind, ohne rechtlich verurteilbar zu sein“ (siehe Rahmen). Angesichts dieser ‚grauen Reden‘ schlägt François Debras ein Analyseraster vor, das für mehr Klarheit sorgen soll. „In Belgi-





Irreführende Worte

Der Diskurs der extremen Rechten hat sich verändert. Sie spricht nicht mehr:

- von Rasse, sondern von Kultur und Religion;
- von Ungleichheiten zwischen diesen, sondern von Unterschieden;
- von einer Hierarchie zwischen diesen, sondern von ihrer Assimilierbarkeit oder Unassimilierbarkeit;

Sie ist nicht mehr **gegen** den Anderen, sondern für die nationale Präferenz.

Die Begriffe ändern sich, aber die Ideen bleiben dieselben.

en gibt es ein Gesetz, das Extremismus definiert, nämlich das Gesetz von 1998, das die Staatssicherheit organisiert. In Artikel 8 wird er definiert als „rassistische, fremdenfeindliche, anarchistische, nationalistische, autoritäre oder totalitäre Auffassungen oder Ziele (...), die in Theorie oder Praxis den Grundsätzen der Demokratie oder den Menschenrechten, dem ordnungsgemäßen Funktionieren der demokratischen Institutionen oder den anderen Grundlagen des Rechtsstaats zuwiderlaufen.“ Es gibt also zwei zentrale Kriterien: die Europäische Menschenrechtskonvention

und die Rechtsstaatlichkeit. Auf dieser Grundlage ist extremistisch, was sich der EMRK widersetzt und eine hierarchische Beziehung zwischen den Menschen schafft.“ François Debras analysiert, dass die N-VA, wenn sie ein Moratorium über das Asyl, einem in der EMRK verankerten Grundrecht, vorschlägt, im Hinblick auf den oben genannten Artikel 8 extremistisch argumentiert.

In Bezug auf den Widerspruch gegen die Rechtsstaatlichkeit erinnerte er daran, dass der belgische Staat mehr als 7.000 Mal verurteilt wurde, weil er das Asyl- und Aufenthaltsrecht nicht angewandt hat. „Wir können uns zu Recht fragen, ob es sich bei dieser Politik nicht um eine extremistische Politik handelt“, sagt der Professor. Er erinnert nebenbei daran, dass geschlossene Zentren, die Aberkennung der doppelten Staatsangehörigkeit, die Auslagerung von Asylanträgen und das Asylmoratorium Errungenschaften oder Vorschläge sind, die historisch aus dem Programm des Vlaams Block (heute Vlaams Belang) stammen.

Die Diagonale der Unklarheit

Kann eine politische Partei, die nicht mehr eines oder zwei der drei Kriterien für Rechtsextremismus für sich beansprucht, noch als rechtsextrem bezeichnet werden? Kann man eine demokratische Partei, deren Vertreter rassistische Äußerungen machen, als extremistisch bezeichnen? In einem

Kontext der Banalisierung des extremistischen Diskurses und der darin verwendeten Terminologie konkurrieren Adjektive zur Bezeichnung von Parteien, Gruppen oder Personen, die diese Diskurse führen und die vor nicht allzu langer Zeit als extremistisch eingestuft worden wären: freiheitsfeindliche Bewegung, rechtspopulistische Identitätspartei, Neo-/Postfaschismus, extreme Rechte, radikale Rechte, populistische Rechte...

„Eine Änderung des Namens würde bedeuten, dass sich eine Partei geändert hat. Wenn morgen alle der Meinung sind, dass der Vlaams Belang nicht mehr die extreme Rechte, sondern die radikale Rechte ist, wäre es dann denkbar, mit ihm eine Regierung zu bilden?“ fragt François Debras, bevor er mit einer Feststellung und einem Rat schließt. „Nationalität, Identität und Einwanderung sind keine Tabuthemen. Aber man muss verstehen, dass in der aktuellen politischen und medialen Debatte Begriffe, die zum Aufbau einer mentalen Vorstellung verwendet werden, von der extremen Rechten stammen. Man muss also erklären, woher sie kommen und dass sie nicht neutral sind. Es gibt also Wörter, die aus dem Vokabular verbannt werden müssen: Entzivilisierung, Verrohung, Islamisierung, großer Austausch, Verschwinden der Einheimischen... Begriffe, die sich auf ein rechtsextremes Weltbild beziehen, seine Ideologie aufbauen und es ihm ermöglichen, zu existieren.“

MSE: die häufigste arbeitsbedingte Krankheit, die von allen ignoriert wird

Muskel-Skelett-Erkrankungen (MSE) sind eine der Hauptursachen für arbeitsbedingte Krankheiten. Die Beschwerden betreffen Knochen, Sehnen, Muskeln, Gelenke, Bänder und Nerven, sowohl in den Armen, Beinen als auch im Rücken oder Nacken. Sie können zu akuten und/oder chronischen Schmerzen im Alltag und bei der Arbeit führen.

Diese Beschwerden sind oft das Ergebnis schlechter Arbeitsbedingungen wie zum Beispiel hohes Arbeitstempo oder hohe Arbeitsbelastung, das Tragen von Lasten, unnatürliche Körperhaltungen und sich wiederholende Bewegungen. Belgischen Umfragen zufolge haben 52 % der Arbeitnehmer Rückenschmerzen, 56 % Schmerzen in den oberen Gliedmaßen und 36 % Schmerzen in den unteren Gliedmaßen. 72 % der Belgier klagen über eine MSE. 40 % sind auf diese Weise in ihrem täglichen Leben eingeschränkt.

Dies hat zur Folge, dass ein Drittel aller Langzeitkranken aufgrund einer MSE ausfällt. In den vergangenen zehn Jahren ist der Anteil der betroffenen Arbeitnehmer stetig gestiegen. Diejenigen, die auf dem Arbeitsmarkt schlechter gestellt sind, die mehr Flexibilität bei körperlich anstrengenden Tätigkeiten zeigen müssen, fallen häufiger MSE zum Opfer. Infolgedessen sehen wir, dass Frauen insgesamt mehr darunter leiden, insbesondere im Gesundheitswesen und bei den Haushaltshilfen, sowohl in Belgien als auch in ganz Europa.

Prävention ist notwendig

Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass MSE das Risiko erhöhen, andere Störungen wie Herz-Kreislauf-Krankheiten oder psychische Probleme zu entwickeln. Trotz der Häufigkeit von Muskel- und Skeletterkrankungen werden zu wenig präventive Maßnahmen ergriffen, um die Ursachen zu beseitigen. Die Arbeitnehmer wissen

nicht immer, wie sie Probleme melden können, oder trauen sich nicht, mit ihrem Arbeitgeber darüber zu sprechen. Die Arbeitnehmervertreter spielen eine wichtige Rolle bei der Sensibilisierung und der Ergreifung von Präventivmaßnahmen zur Verringerung dieser Beschwerden.

Primärprävention ist unerlässlich. Um MSE zu vermeiden, müssen vor allem Arbeitsplätze und -methoden angepasst und gute Arbeitsgewohnheiten gefördert werden, um Risikofaktoren zu beseitigen.

Vorsicht vor Stress

Die Prävention psychosozialer Störungen ist ebenfalls von entscheidender Bedeutung, da ein Zusammenhang zwischen psychosozialen Stress und Muskel-Skelett-Erkrankungen besteht. Tritt er regelmäßig auf, kann Stress körperliche Schmerzen verursachen, der Körper weiß nicht mehr, wie er reagieren soll. Die Auswirkungen von Stress können vielfältig sein: Muskelsteifheit, schlechte Durchblutung, Wassereinlagerungen und das Risiko einer Sehnenscheidenentzündung.

Es ist daher wichtig, dass die Delegierten zuhören und die Arbeitnehmer ermutigen, über ihren Stress am Arbeitsplatz und ihre physischen und psychischen Probleme zu sprechen, um gesundheitliche Probleme zu vermeiden, anstatt sie zu erleiden.

TROTZ DER HÄUFIGKEIT VON MSE WERDEN ZU WENIGE PRÄVENTIVE MASSNAHMEN ERGRIFFEN, UM DEREN URSACHEN ZU BESEITIGEN.



Serge dehaes

Psychosoziale Risiken bei der Arbeit: Vorsicht vor der Falle des individuellen Ansatzes!

In einer sich ständig verändernden und unter Druck stehenden Arbeitswelt verlieren die Arbeitnehmer zunehmend die Orientierung und das, was für sie bei der Arbeit Sinn macht. Seit einigen Jahren stehen deshalb psychosoziale Risiken (PSR) ganz oben auf der Liste der Gründe für langfristige Arbeitsunfähigkeit. Um darauf zu reagieren, setzt die Arizona-Regierung auf (finanzielle) Drohungen, um kranke Arbeitnehmer zur Rückkehr an die Arbeit zu zwingen, koste es was es wolle.



DAS LIKIV ZÄHLT ZURZEIT
526.507
LANGZEITKRANKE.
SIE ALLE STEHEN IM VISIER
DER ARIZONA-REGIERUNG.

Dabei verfehlt sie die wichtigste Lösung, die zu positiven Ergebnissen führen kann: die kollektive Prävention. Sie beschäftigt sich nicht mit den Ursachen für das Unwohlsein der Arbeitnehmer, sondern nur mit den Folgen für die soziale Sicherheit und ihre Finanzierung! Bei PSR wie auch anderen (insbesondere ergonomischen) Risiken ist dies ein schwerwiegender Fehler, für den die Arbeitnehmer einen hohen Preis zahlen werden.

Stress... Aber essen und schlafen Sie gut?

Während einige Arbeitgeber sich wirklich bemühen, eine kollektive Präventionspolitik in puncto PSR umzusetzen, bevorzugen die meisten einen individuellen Ansatz. Deshalb gibt es immer mehr „Coaching“-Angebote für Arbeitnehmer: Wie geht man mit Stress um? Wie wird man widerstandsfähiger? Wie ernährt man sich gesund? Wie schläft man besser? usw. Das Ziel ist immer dasselbe: sich besser fühlen, um effizienter, produktiver und profitabler zu sein. Auch der Ansatz ist immer derselbe: Der Arbeitnehmer ist selbst für seine Gesundheit verantwortlich, denn wenn er mehr Sport macht und/oder meditiert, sich gesund ernährt und besser schläft, dann geht es ihm besser und er ist glücklicher (und damit leistungsfähiger).

Man sollte sich vor jeder Art von Wohlbefinden-Ansatz in Acht nehmen, der nur auf das Individuum setzt. Yoga und Meditation können sich zwar sehr positiv auf einen Menschen auswirken, sollten aber eher eine persönliche Sache bleiben und daher so weit wie möglich außerhalb des Arbeitsumfeldes stattfinden.

Durch eine neoliberale Herangehensweise an die Thematik des Wohlbefindens der Arbeitnehmer wird die Präventionspolitik so weit wie möglich individualisiert: Jeder Einzelne muss alleine entscheiden, wie er sein Wohlbefinden verbessern kann. Trifft er nicht die „richtigen“ Entscheidungen, so ist er selbst dafür verantwortlich und muss die Konsequenzen tragen. Die Vorteile dieses Ansatzes für die Arbeitgeber liegen auf der Hand: Sind sie auch laut Sozialgesetzgebung für das Wohlbefinden der Arbeitnehmer verantwortlich, so entbindet sie die Zunahme individualisierter Ansätze für dieses Wohlbefinden von jeglicher direkten Verantwortung.

Möchte ein Arbeitgeber seinen Arbeitnehmern diese Art von Hilfe anbieten, sollte dies nur zusätzlich zu einer kollektiven Präventionspolitik geschehen, welche die strukturellen Ursachen des Unwohlseins der Arbeitnehmer analysiert und versucht, kollektive Lösungen zu finden.



„PSYCHOSOZIALE RISIKEN LASSEN SICH NICHT DURCH EIN PAAR ATEMÜBUNGEN, MEDITATION ODER EINE GESÜNDERE ERNÄHRUNG AUS DER WELT SCHAFFEN.“

Bei der Burnout-Prävention empfiehlt der Hohe Gesundheitsrat⁽¹⁾ beispielsweise, „zunächst über eine Veränderung des Gesellschaftsmodells (Leistungsmodells) nachzudenken, mit dem das Burnout weitgehend in Verbindung steht. Man bräuchte eine ‚nachhaltigere‘ Arbeitsorganisation (...)“. Für diese Gesundheitsexperten gibt es keinen Zweifel: Die Art und Weise, wie die Arbeit heute organisiert ist, ist die Hauptursache für das Leiden der Arbeitnehmer. Das kann nur auf kollektiver Ebene geändert werden.

Die Auswüchse der neuen Technologien

Die neuen Technologien⁽²⁾ (Smartphones usw.) haben die räumlichen und zeitlichen Bezugspunkte des Arbeitnehmers verwischt. Die Begriffe „Arbeitszeit“ und „Arbeitsort“ haben keine Bedeutung mehr, da wir potenziell immer und überall erreichbar sind und dank unseres Laptops von jedem Ort aus arbeiten können. Diese neuen Technologien haben den Managementstil von Unternehmen grundlegend verändert.

Ein konkretes Beispiel ist die Kontrolle des Arbeitnehmers. Früher basierte diese Kontrolle auf der physischen Anwesenheit am Arbeitsplatz. Jetzt

erfolgt die Kontrolle auf der Grundlage von Ergebnissen.

Diese „Kontrollverschiebung“ hat enorme Auswirkungen auf das Wohlbefinden der Arbeitnehmer. Da der Arbeitnehmer nicht mehr am Arbeitsplatz anwesend ist und seine Ergebnisse kontrolliert werden, übernimmt er die Verantwortung für die Organisation seiner Arbeit, was eine größere Autonomie und individuelle Verantwortung mit sich bringt: Wird die Arbeit nicht pünktlich und rechtzeitig erledigt, ist der Arbeitnehmer schuld, weil er sich nicht gut organisiert hat.

Die realen Bedingungen, unter denen der Arbeitnehmer seine Aufgaben erfüllen muss, sind nicht mehr sichtbar und werden daher nicht mehr berücksichtigt. Mit anderen Worten: Der Manager muss sich nicht mehr darum kümmern, ob der Arbeitnehmer über die Zeit und die Bedingungen verfügt, um seine Aufgaben zu erledigen, sondern nur noch darum, ob das Ziel erreicht wurde.

Dies hat fast immer zur Folge, dass die Arbeit intensiver wird und sowohl die physischen als auch psychosozialen Risiken für die Beschäftigten steigen: mehr Stress, Gefühl der Isolation, mangelnde Sichtbarkeit und Anerkennung der tatsächlich geleisteten Arbeit oder fehlende Berücksichtigung der Bemühungen des Arbeitnehmers usw.

Kann man allen Ernstes glauben, dass diese Probleme durch ein paar Atemübungen, Meditation oder eine gesündere Ernährung gelöst werden können? Man sollte eher darüber nachdenken, wie man die tatsächliche Arbeitszeit objektivieren, eine echte Politik der Nichterreichbarkeit einführen oder noch Manager in Bezug auf die psychosozialen Risiken, die durch ihren Führungsstil entstehen, schulen könnte usw.

Präventive Lösungen müssen in der Arbeitsorganisation, der Methode zur Kontrolle der Arbeitszeit und in den Arbeitsbedingungen usw. gefunden werden. Kurz gesagt: auf kollektiver und nicht auf individueller Ebene.

„PRÄVENTIVE LÖSUNGEN SIND AUF KOLLEKTIVER UND NICHT AUF INDIVIDUELLER EBENE ZU FINDEN, IN DER ARBEITSORGANISATION, DER METHODE ZUR KONTROLLE DER ARBEITSZEIT UND IN DEN ARBEITSBEDINGUNGEN.“

(1) Stellungnahme Nr. 9339, September 2017.

(2) Quelle: <https://gresea.be/Figures-de-la-flexibilite-l-impact-de-nouvelles-formes-de-travail-sur-la-sante>

Von der politischen Erklärung zum Gesetz

/// Zwischen einer politischen Absichtserklärung und dem Inkrafttreten einer Rechtsvorschrift liegen viele Schritte und somit Handlungsspielräume, die wir nachstehend erklären⁽¹⁾.

1. Die politische Erklärung

In der Regel, aber nicht immer, ist eine vorgeschlagene Maßnahme Gegenstand einer politischen Absichtserklärung ihrer Autoren.

2. Verfassung des Textes

Um eine politische Absichtserklärung in ein verbindliches Gesetz umzuwandeln, muss zunächst ein Text mit der vorgeschlagenen Maßnahme verfasst werden. Geht die Initiative von einem Mitglied des Parlaments (Parlamentarier) aus, spricht man von einem Gesetzesvorschlag. Geht sie von einem Mitglied der Regierung (Minister) aus, ist von einem Gesetzentwurf die Rede. Das Ministerkabinett oder die Verwaltung arbeitet einen Vorentwurf aus, welcher der Regierung auf der wöchentlichen Sitzung aller Minister (dem Ministerrat) zur Verabschiedung in erster Lesung vorgelegt wird.

In der Praxis ist es viel wahrscheinlicher, dass ein Gesetzentwurf angenommen wird als ein Gesetzesvorschlag. Die Regierung besteht nämlich aus politischen Parteien, die zusammen eine Mehrheit der Sitze im Parlament haben.

3. Vorausgehende Formalitäten

Sobald der Text verfasst ist, müssen bestimmte Formalitäten erfüllt werden. Gesetzentwürfe müssen dem Staatsrat zur Stellungnahme übermittelt werden. Dieser prüft, ob der Text anderen Rechtsnormen entspricht, ob er gut formuliert ist und ob der Autor kompetent ist. Bei einem Gesetzesvorschlag ist die Stellungnahme des Staatsrats nicht zwingend erforderlich.

Betrifft die geplante Maßnahme bestimmte Rechtsbereiche, muss manchmal ein Konsultationsverfahren stattfinden. Vor der Änderung von arbeitsrechtlichen Vorschriften muss beispielsweise der Nationale Arbeitsrat (NAR), in dem Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände vertreten sind, konsultiert werden. Die von Beratungsorganen wie dem NAR abgegebene Stellungnahme ist zwar nicht bindend, kann aber stark ins Gewicht fallen, insbesondere wenn sie einstimmig abgegeben wurde.

Nachdem der Minister oder die Ministerin die erforderlichen Stellungnahmen erhalten hat, legt er oder sie den Text und die Stellungnahmen dem Ministerrat zur Verabschiedung in zweiter Lesung vor.

4. Die Hinterlegung

Der Gesetzesvorschlag oder -entwurf und die eventuellen Stellungnahmen des Staatsrats und der Beratungsorgane werden im Parlament hinterlegt. Der Text wird ins Französische und Niederländische übersetzt und an die Parlamentarier verteilt.

5. Die Prüfung und Abstimmung im Ausschuss

Der Text wird an einen Ausschuss überwiesen. Ein Ausschuss ist eine Gruppe von Parlamentariern, die für die Prüfung von Gesetzesvorschlägen oder -entwürfen in einem bestimmten Bereich zuständig ist. Zum Beispiel werden Texte zum Arbeitsrecht von einem speziellen Ausschuss, dem Ausschuss für soziale Angelegenheiten, Beschäftigung und Renten, geprüft.

Der Autor erläutert die Gründe für den Ge-

setzesvorschlag oder -entwurf. Die Mitglieder des Ausschusses können Abänderungen vorschlagen. Danach gibt es eine allgemeine Diskussion und eine Diskussion über jeden Artikel. Schließlich wird abgestimmt, zuerst über jeden Artikel und dann über den gesamten Text, und es wird ein Bericht verfasst.

6. Die Prüfung und Abstimmung im Plenum

Der Bericht und der vom Ausschuss angenommene Text werden an die Plenarversammlung, die alle 150 Parlamentarier umfasst, weitergeleitet. Der Text wird debattiert. Die Parlamentarier können Abänderungen vorschlagen. Abschließend wird zuerst über die einzelnen Artikel und dann über den gesamten Text abgestimmt, und der Text wird angenommen oder abgelehnt.

7. Die Sanktionierung, Verkündung und Veröffentlichung

Nach der Verabschiedung durch das Parlament wird der Text dem König zur Sanktionierung (zum Einverständnis) und Verkündung vorgelegt. Schließlich wird der Text im Belgischen Staatsblatt in französischer und niederländischer Sprache veröffentlicht. Das Gesetz tritt in der Regel am zehnten Tag nach seiner Veröffentlichung in Kraft.

⁽¹⁾ Der Einfachheit halber wird hier nur das für die föderale Ebene geltende Verfahren erläutert, aber die Schritte sind identisch für die anderen Regierungsebenen (Regionen und Gemeinschaften).

1. Politische Erklärung

Am 12. Oktober 2021 kündigte die Vivaldi-Regierung ihre Absicht an, die Notwendigkeit eines ärztlichen Attests für eine eintägige Arbeitsunfähigkeit höchstens dreimal pro Jahr zu streichen.

2. Verfassung des Textes

Das Kabinett des Arbeitsministers verfasst einen Vorentwurf, der die Maßnahme in Bezug auf das ärztliche Attest enthält. Dieser Text wird am 10. Juni 2022 vom Ministerrat gebilligt.

3. Vorausgehende Formalitäten

Der Gesetzentwurf wird dem Staatsrat vorgelegt, der seine Stellungnahme am 13. Juli 2022 abgibt. Da es sich um ein arbeitsbezogenes Thema handelt, wird der NAR konsultiert und gibt am 1. Juni 2022 eine Stellungnahme ab.

4. Hinterlegung

Am 14. September 2022 wird der Gesetzentwurf im Parlament hinterlegt.

5. Prüfung und Abstimmung im Ausschuss

Am 4. Oktober 2022 prüft der Ausschuss für soziale Angelegenheiten, Beschäftigung und Renten den Gesetzentwurf. Der Artikel über das ärztliche Attest wird einstimmig angenommen (auch von MR und N-VA).

6. Prüfung und Abstimmung im Plenum

Am 27. Oktober 2022 prüft die Plenarsitzung des Parlaments den Gesetzentwurf. Er wird mit 77 Ja-Stimmen und 54 Enthaltungen angenommen.

7. Sanktionierung, Verkündung und Veröffentlichung

Am 30. Oktober 2022 wird das Gesetz vom König ‚sanktioniert‘ und verkündet. Das Gesetz vom 30. Oktober 2022 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Bezug auf die Arbeitsunfähigkeit wird am 18. November 2022 im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht und tritt am 28. November 2022 in Kraft.



Dieses mehr oder weniger lange Verfahren ermöglicht die demokratische Debatte. Der Protest der Bevölkerung durch Demonstrationen, Interpellationen oder andere Formen friedlicher Aktionen ist fester Bestandteil einer solchen Debatte. Das Wahlergebnis ist eine Momentaufnahme, die die Situation zu einem bestimmten Zeitpunkt widerspiegelt. Um zu verhindern, dass es zu einem bedingungslosen Blankoscheck wird, muss die Demokratie während der gesamten Legislaturperiode weiterleben.

In und zwischen jeder Phase des legislativen Prozesses ist es daher möglich, sich zu informieren, zu sensibilisieren, sich zu organisieren und aktiv zu werden, um unser gemeinsames soziales Ziel zu erreichen oder

zu verteidigen. Manchmal müssen wir unterwegs unsere Strategie anpassen und unsere Taktiken diversifizieren (siehe Beispiele unten). Wenn Politiker Maßnahmen planen, die gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet sind, müssen wir gegen ihre Verabschiedung kämpfen.

Die zwei folgenden Beispiele zeigen, dass die Mobilisierung funktioniert. Die in der Erklärung der Arizona-Regierung vorgesehenen Maßnahmen sind noch nicht in Kraft, da sie noch nicht in Gesetze umgesetzt wurden. Die Regierung plant, einen ersten Entwurf für ein Programmgesetz vorzulegen, das unter anderem die Jagd auf Kranke beinhaltet. Jetzt sind wir dran!

Zwei Beispiele für Mobilisierungen, die funktioniert haben

● Die Rente nach Punktesystem

Am 28. Oktober 2017 kündigte der Rentenminister (MR) an, dass er noch vor Jahresende einen Gesetzentwurf zur Rente nach einem Punktesystem (Punkterente) einbringen wolle. Die Gewerkschaften kritisierten u.a. die geplante Variabilität des Wertes der Punkte: es würde eine Tombola-Rente sein.

Am 19. Dezember 2017 kamen bei einer ersten Demonstration in Brüssel mehr als 40.000 Menschen zusammen. Am selben Tag kündigte der Minister an, dass er mit der Vorlage seines Gesetzentwurfes bis zum Sommer warten werde. Daraufhin fand am 16. Mai 2018 eine zweite Demonstration statt. Mehr als 70.000 Menschen protestieren gegen die Idee der Punkterente. Ergebnis: Die Maßnahme kam nie über den ersten Schritt (Absicht) hinaus und wurde fallengelassen!

● Der Entwurf des Anti-Randalierer-Gesetzes

Am 23. April 2023 brachte der Justizminister (CD&V) der Vivaldi-Regierung einen Gesetzentwurf im Parlament ein. Dieser Text enthielt einen Artikel, der es Richtern ermöglichen würde, ein Teilnahmeverbot an Demonstrationen zu verhängen. Am 7. Juni 2023 fand eine Aktion von Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft statt, um gegen diese Maßnahme zu protestieren. Am 13. Juni 2023 nahm der Justizausschuss des Parlaments einen Änderungsantrag an, um den Text abzuschwächen, aber das Prinzip blieb bestehen. Am 5. Oktober 2023 versammelten sich mehr als 10.000 Demonstranten, um die progressiven Mehrheitsparteien aufzufordern, nicht für den Text zu stimmen. Letztendlich wurde der umstrittene Artikel dank des Drucks auf die SP und Ecolo aus dem Gesetzentwurf gestrichen. Das zeigt uns: Selbst in der Endphase des Gesetzgebungsverfahrens ist es möglich, den Trend umzukehren!



Der 8. Mai: ein wichtiger Moment des Gedenkens



Anlässlich des 80. Jahrestages des Sieges über Nazi-Deutschland traf sich eine breite Koalition, der auch die CSC angehört, im Fort von Breendonk, um der Schrecken der Vergangenheit zu gedenken, eine brüderlichere und solidarischere Gesellschaft zu fordern und ihren entschiedenen Widerstand gegen die extreme Rechte zu bekräftigen. „*Soziale Prekarität ist der Nährboden für Rechtsextremismus! Wir müssen alle zusammen weiterkämpfen*“, so Ann Vermorgen, Präsidentin der CSC in ihrer Rede.

Am 8. Mai fanden auch in mehreren belgischen Städten Gedenkaktionen statt: in Brüssel, Charleroi, Lüttich, Namur, Kortrijk, Gent, Antwerpen und Hasselt. Im Vorfeld dieses Gedenktages erinnerte Marie-Hélène Ska, Generalsekretärin der CSC, daran, warum dieser Gedenktag wichtig ist. „*Am 8. Mai geht es darum, nicht zu vergessen, dass Menschen vor fast einem Jahrhundert für ihre Freiheit gekämpft haben. Es ist wichtig, dass wir uns heute angesichts der aktuellen geopolitischen Lage daran erinnern.*“

Angriff auf die Rechte von Arbeitslosen

Die Arizona-Regierung will die Arbeitslosenunterstützung reformieren, indem sie das Arbeitslosengeld auf maximal zwei Jahre begrenzt. Laut dem LfA könnten bis zu 320.000 Personen dadurch in die Armut abrutschen und auf die Unterstützung der Familie oder der ÖSHZ angewiesen sein.

Diese sind jetzt schon überlastet und befürchten einen massiven Zustrom von Antragstellern. Sie könnten weder die finanzielle Unterstützung dieser Personen noch deren Begleitung gewährleisten, wodurch das System der sozialen und beruflichen Wiedereingliederung ins Wanken gerät.

Die Regierung will 2 Milliarden Euro auf Kosten der Arbeitslosen einsparen, aber gleichzeitig den Unternehmen 22 Milliarden an Zuschüssen gewähren, ohne dass diese Arbeitsplätze schaffen müssen. Dagegen wollen die Gewerkschaften und Verbände durch Aktionen und notfalls vor Gericht vorgehen.



Modketten machen sich durch Untätigkeit schuldig

Am 24. April zogen rund 100 Menschen durch die Rue Neuve in Brüssel, um an den Einsturz des Rana Plaza-Gebäudes in Bangladesch zu erinnern, bei dem vor 12 Jahren 1.138 Menschen ums Leben kamen. Der „Omnibus-Vorschlag“ der Europäischen Kommission gefährdet den Richtlinienvorschlag über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen, der vor knapp einem Jahr vom EU-Parlament verabschiedet wurde. Daher ruft die *Clean Clothes Campaign* die Marken und europäischen Institutionen dazu auf, die europäische Gesetzgebung zu stärken.

Unterzeichnen Sie die Petition, die Kontoor Brands (Wrangler, Lee) und 11 weitere große Marken dazu auffordert, das Abkommen zu unterzeichnen:

www.cleanclothes.org

22.05: Demo nicht-kommerzieller Sektor

Am 22. Mai werden wir in Brüssel gemeinsam den nicht-kommerziellen Sektor verteidigen. Seit Monaten beteiligen sich Tausende von uns an den verschiedenen Aktionen: Kinderpfleger(innen), Familienhelfer(innen), Pflegepersonal, Erzieher(innen), Ausbilder(innen) oder Kunstarbeiter(innen).

WAS WIR VERTEIDIGEN:

- Anständige Sozialabkommen
- Echte Investitionen in unseren wichtigen Sektoren
- Attraktive Berufe und machbare Berufslaufbahnen

WAS WIR ABLEHNEN:

- Aufgezwungene Umstrukturierungen, ohne Absprachen
- Sparen auf Kosten der Dienste für die Bevölkerung
- Die Maßnahmen der Arizona-Regierung, die verarmen, flexibilisieren und desinvestieren
- Die Folgen werden alle betreffen: die Begünstigten, das Personal und die Organisation der Dienste.

**WIR TREFFEN UNS AM 22. MAI
IN DEN STRASSEN VON BRÜSSEL**

